

Zeitschrift:	Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber:	Schweizerischer Zivilschutzverband
Band:	35 (1988)
Heft:	11-12
Rubrik:	Das BZS teilt mit = L'OFPC communique = L'UFPC informa

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Stand des Kulturgüterschutzes in der Schweiz

116 Schutzräume für Kulturgüter vorhanden

kam. Zu Beginn des Jahres 1984 wurde der Dienst für Kulturgüterschutz in das BZS integriert. In der Zwischenzeit hat er beachtliche Fortschritte gemacht, wie das Bundesamt für Zivilschutz anlässlich des November-Rapportes den Chefs der kantonalen Ämter für Zivilschutz mitteilte. Obschon von Kanton zu Kanton und von Gemeinde zu Gemeinde – wie beim Zivilschutz – noch beträchtliche Unterschiede bestehen, sind die unternommenen Anstrengungen deutlich sichtbar, wie die folgende Auslegeordnung zeigt.

1. Organisation

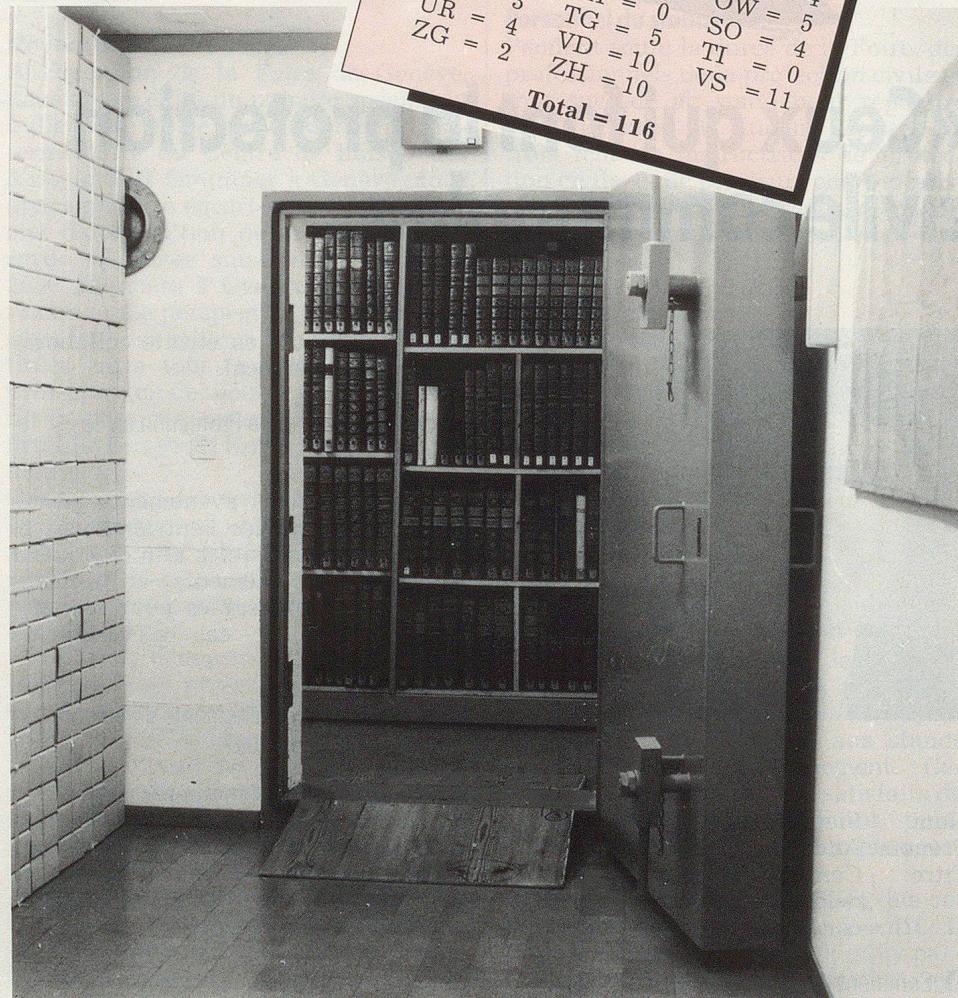
An der Sitzung vom 23. März 1988 hat der Bundesrat das Schweizerische Inventar der Kulturgüter von nationaler und regionaler Bedeutung genehmigt. Dieses Dokument ist für den Kulturgüterschutz deshalb von Bedeutung, weil es die in erster Priorität mit Unterstützung des Bundes zu schützenden Kulturgüter bezeichnet und damit indirekt auch die Organisationsform des Kulturgüterschutzes in den Gemeinden beeinflusst.

Es ist klar, dass der Bestand des Personals des Kulturgüterschutzes von der Anzahl zu schützender Kulturgüter bzw. dem Aufwand an Schutzmassnahmen abhängt.

Beim Zivilschutz bestimmt die Einwohnerzahl die Organisationsstruktur. Im Bereich des Kulturgüterschutzes verhält es sich anders: Es kann durchaus sein, dass eine Gemeinde zahlreiche Kulturgüter besitzt, die bei einem bewaffneten Konflikt gar nicht geschützt werden können. Beispiele hierfür sind archäologische Stätten oder Gebäude, welche in Friedenszeiten von den kantonalen Verantwortlichen für Kulturgüterschutz dokumentiert worden sind und materiell im Kriegsfall nicht geschützt werden können. Aufgrund dieser Sachlage ist es nicht möglich, genaue Vorschriften bezüglich der Organisation des Kulturgüterschutzes in den Gemeinden zu erlassen. Die in den Gemeinden für den Kulturgüterschutz Verantwortlichen müssen deshalb zusammen mit dem Kanton, dem Ortschef oder dem Betrieb (Kulturgutinstitution) diejenige Organisationsform bestimmen, die ihren Bedürfnissen am besten entspricht.

2. Ausbildung des Personals des Kulturgüterschutzes

Einen ähnlichen Stellenwert wie die



In der Schweiz gibt es über 100 Kulturgüterschutzräume.

(BZS)

Organisation des Kulturgüterschutzes hat die Ausbildung des Personals des Kulturgüterschutzes. Seit 1986 hat die entsprechende Ausbildung eine erfreuliche Entwicklung erfahren. Das Bundesamt für Zivilschutz hat bisher rund 500 Personen instruiert, die in der Mehrzahl als Gemeindesachverständige für Kulturgüterschutz, zum Beispiel als Dienstchef Kulturgüterschutz, eingesetzt werden.

Das neue, von den Kantonen gebilligte Ausbildungskonzept überträgt einen Teil der Verantwortung für die Ausbildung den Kantonen. Es legt zudem die Ausbildungsweges für die verschiedenen Kulturgüterschutz-Funktionen fest.

Die Klassenlehrerdokumentationen für die drei Kulturgüterschutz-Kurse (Grundkurs Kulturgüterschutz, Schulungskurs Kulturgüterschutz und Kan-

tionsinstruktorenkurs Kulturgüterschutz) werden zurzeit vom Dienst für Kulturgüterschutz des Bundesamtes für Zivilschutz erarbeitet. Sie werden in den nächsten Monaten an die Kantone verteilt werden.

3. Schutzräume für Kulturgüter

Dank der guten Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen konnten seit 1985 alljährlich im Durchschnitt 15 neue Schutzräume für Kulturgüter erstellt werden.

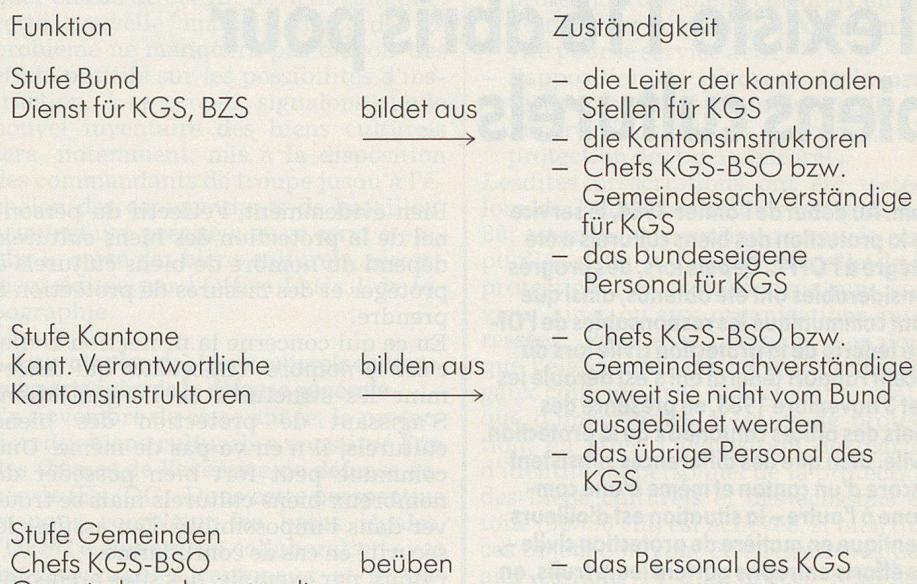
Heute stehen insgesamt über 100 Schutzräume mit einem Gesamtvolume von ungefähr 100 000 m³ zur Verfügung. In der Mehrzahl dieser Schutzräume ist bereits jetzt Kulturgut eingelagert. Das grundsätzliche Ziel liegt darin, die Schutzräume möglichst unter oder in der Nähe von Kulturgutinstitutionen (z.B. Museen) zu errichten,

damit diese ihr Kulturgut ständig geschützt aufbewahren können. Für Kulturgüter, welche nicht bereits in Friedenszeiten geschützt untergebracht werden können, wie zum Beispiel kirchliche Gegenstände, sollten geeignete Behelfsschutzräume bereitgestellt werden, die das gefährdete Kulturgut zu gegebener Zeit aufnehmen können. Es versteht sich, dass die Verantwortlichen des Kulturgüterschutzes in diesem Punkt auf die Zusammenarbeit mit den Zivilschutzorganisationen angewiesen sind. Diese sollten Schutzräume, die nicht (mehr) für den Personenschutz benötigt werden, auf Anfrage dem Kulturgüterschutz zur Verfügung stellen. Auf diese Weise kann der Kulturgüterschutz seine Aufgaben erfüllen, ohne zu viele Schutzräume neu errichten zu müssen.

4. Kennzeichnung der Kulturgüter von nationaler Bedeutung

Bei der Erarbeitung des Kulturgüterschutzverzeichnisses ist das BZS mit dem Eidgenössischen Militärdepartement übereingekommen, dass in Zeiten aktiven Dienstes bzw. auf Anordnung des Bundesrates hin grundsätzlich alle Kulturgüter von nationaler Bedeutung (rund 1450 Objekte) mit dem blauen Kulturgüterschild zu versehen sind. Somit wird die vom Bundesrat in den siebziger Jahren vertraulich klassifizierte Liste der rund 600 im Konfliktsfall zu kennzeichnenden Objekte hinfällig, was sich nicht zuletzt auch positiv auf die Ausbildungsmöglichkeiten auswirken wird. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass das neue Kulturgüterschutzverzeichnis insbesondere auch den militärischen Kommandostellen bis auf Stufe Bataillon zur Verfügung gestellt wird. Es bildet zudem die Grundlage für die kürzlich bei der Eidgenössischen Landestopografie erschienene Kulturgüterkarte.

Konzept Ausbildung Kulturgüterschutz



5. Kulturgüterschutz als Partner der Gesamtverteidigung

Im November wurde der Kulturgüterschutz im Rahmen der Gesamtverteidigungsbüfung (GVU) beübt. Im Hinblick darauf und in Ergänzung der bereits vorhandenen Rechtsgrundlagen hat das BZS zusammen mit den Verantwortlichen der Kantone sowie dem Schweizerischen Komitee für Kulturgüterschutz drei Weisungsentwürfe ausgearbeitet.

Diese Weisungen über

- die im Kulturgüterschutz zu treffenden Massnahmen beim Aufgebot des Zivilschutzes zum aktiven Dienst,
- das Anbringen der Kulturgüterschilder sowie

– den Ausweis für Personal des Kulturgüterschutzes wurden anlässlich der Gesamtverteidigungsbüfung 88 getestet und sollen als dann in vereinigter Form im Mitteilungsblatt des Zivilschutzes veröffentlicht und den Fachstellen bzw. interessierten Organisationen zugestellt werden. Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass die Erarbeitung dieser drei Erlasse mit der Verwirklichung wichtiger Schutzmaßnahmen zusammenfällt: Die Beschaffung der Ausweise für das Personal des Kulturgüterschutzes und der Schilder (Stoff, 80×80 cm) ist abgeschlossen, so dass sie in nächster Zeit an die Kantone und die betroffenen Bundesämter abgegeben werden können. □

Zur Verhinderung von teuren Feuchteschäden:

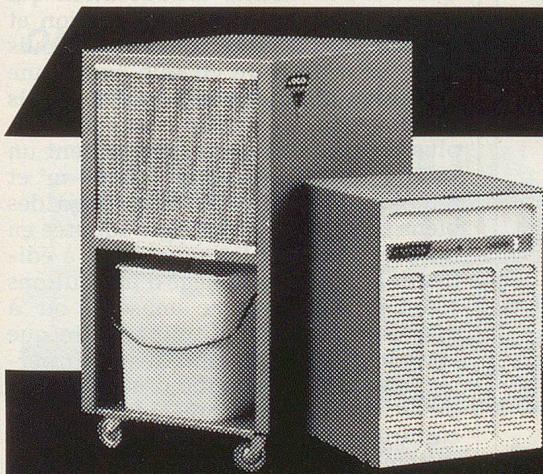
Luftentfeuchter

das bewährte Geräteprogramm für den universellen Einsatz in Kellern, Lagern, Wohnräumen, Zivilschutzanlagen usw.
Vollautomatischer Betrieb, sparsamer Stromverbrauch.

Verlangen Sie detaillierte Unterlagen bei:

Krüger + Co.
9113 Degersheim, Tel. 071 54 15 44
Niederlassungen: Dielsdorf ZH,
Hofstetten SO, Münsingen BE,
Gordola TI, Lausanne,
Küssnacht am Rigi, Samedan

KRÜGER



Le point de la situation en matière de protection des biens culturels en Suisse

Il existe 116 abris pour biens culturels

kam. Au début de l'année 1984, le service de la protection des biens culturels a été intégré à l'OPFC. Depuis lors, des progrès considérables ont été obtenus, ainsi que l'ont communiqué les responsables de l'Office fédéral de la protection civile lors du récent rapport fédéral qui s'est déroulé les 2 et 3 novembre 1988, en présence des chefs des offices cantonaux de la protection civile. Bien que des différences subsistent encore d'un canton et même d'une commune à l'autre – la situation est d'ailleurs identique en matière de protection civile –, les efforts entrepris portent leurs fruits, on s'en convaincra à la lecture de ce qui suit:

1. Organisation

Dans sa séance du 23 mars 1988, le Conseil fédéral a approuvé l'Inventaire suisse des biens culturels d'importance nationale et régionale. Pour la protection des biens culturels, il s'agit d'un document essentiel. Cet ouvrage détermine, en effet, quels biens culturels doivent être protégés en priorité avec l'aide de la Confédération et influence ainsi, indirectement, le type d'organisation à prévoir dans les communes en matière de protection des biens culturels.

Bien évidemment, l'effectif du personnel de la protection des biens culturels dépend du nombre de biens culturels à protéger et des mesures de protection à prendre.

En ce qui concerne la protection civile, c'est le nombre d'habitants qui détermine les structures de l'organisation. S'agissant de protection des biens culturels, il n'en va pas de même. Une commune peut fort bien posséder de nombreux biens culturels mais se trouver dans l'impossibilité d'en assurer la sécurité en cas de conflit armé.

Citons, par exemple, des sites archéologiques ou des immeubles, pour lesquels les responsables cantonaux de la protection des biens culturels ont établi une documentation en temps de paix, mais qui ne peuvent matériellement pas être protégés en cas de guerre. Vu ce qui précède, il est impossible de fixer des règles précises concernant l'organisation de la protection des biens culturels dans les communes. Il appartient, dès lors, aux responsables communaux de la protection des biens culturels de définir, en collaboration avec les cantons, avec les chefs locaux ou avec les établissements (institutions à but

Abris pour biens culturels

Etat en septembre 1988

AG = 10	AI = 0	AR = 3
BS = 5	BL = 1	BE = 13
FR = 1	GE = 9	GL = 0
GR = 7	JU = 1	LU = 4
NE = 1	NW = 1	OW = 5
SG = 6	SH = 0	SO = 4
SZ = 3	TG = 5	TI = 0
UR = 4	VD = 10	VS = 11
ZG = 2	ZH = 10	
Total = 116		

culturel), le type d'organisation qui répond le mieux à leurs besoins.

2. Instruction du personnel de la protection des biens culturels

En matière de protection des biens culturels, l'instruction du personnel revêt une importance aussi grande que l'organisation. Depuis 1986, l'instruction a connu un essor réjouissant. Jusqu'à présent, l'office fédéral a formé quelque 500 personnes qui, en majorité, fonctionnent comme spécialistes communaux de la protection des biens culturels, par exemple en tant que chef du service concerné.

Selon la nouvelle conception de l'instruction que les cantons ont acceptée, une partie de la responsabilité de l'instruction leur incombe désormais. La dite conception fixe, en outre, les diverses filières d'instruction à suivre, pour occuper les différentes fonctions possibles dans le domaine de la protection des biens culturels.

Actuellement, le service de la protection des biens culturels élabore la documentation d'instruction relative aux trois cours destinés au personnel de la protection des biens culturels (cours de base pour spécialistes, cours pour spécialistes communaux et cours pour instructeurs cantonaux). Cette documentation sera distribuée, ces prochains mois, aux cantons.

3. Abris pour biens culturels

Grâce à l'excellente collaboration qui s'est établie entre la Confédération et les cantons, il a été possible, depuis 1985, de construire chaque année une quinzaine d'abris pour biens culturels en moyenne. On compte, aujourd'hui, plus de cent abris, qui représentent un volume global d'environ 100 000 m³ et qui, en majorité, contiennent déjà des biens culturels. La stratégie adoptée en matière de construction consiste à édifier des abris sous le siège d'institutions à but culturel (p.ex. musées) ou à proximité de ces institutions, afin que ces dernières puissent utiliser en permanence ces abris pour protéger leurs biens. Quant au problème des biens culturels qui ne peuvent être protégés en temps de paix, comme, par exemple, les biens des églises, il s'agit de prépa-

Conception de l'instruction en matière de protection des biens culturels

Echelon

Confédération
Service chargé de la PBC,
OPFC

instruit

Compétence

- les chefs des offices cantonaux de la PBC
- les instructeurs cantonaux
- des chefs des OPE PBC et des spécialistes communaux de la PBC
- le personnel fédéral de la PBC
- les chefs des OPE PBC et les spécialistes communaux, pour autant qu'ils ne soient pas instruits par la Confédération
- le reste du personnel de la PBC
- le personnel de la PBC

Cantons

Responsables cantonaux
Instructeurs cantonaux

instruisent

Communes

Chefs OPE PBC
Spécialistes communaux

exercent

rer des abris de fortune de bonne qualité où ces biens seraient transférés en temps voulu. Il est clair que, pour réaliser ce programme, les spécialistes de la protection des biens culturels doivent pouvoir compter sur la collaboration de l'organisation de protection civile. Celle-ci devrait, sur demande, mettre à la disposition de la protection des biens culturels les abris qui ne sont pas (ou plus) affectés à la protection de la population. La protection des biens culturels serait alors à même de faire face à ses obligations, tout en évitant une sur-production d'abris.

4. Marquage des biens culturels d'importance nationale

En élaborant l'inventaire des biens culturels, l'OPFC est convenu avec le Département militaire fédéral qu'en temps de service actif ou si le Conseil fédéral l'ordonne, tous les biens culturels d'importance nationale (soit quelque 1450 objets) devront en principe être marqués de l'écusson bleu de la protection des biens culturels. Ainsi, la

liste confidentielle approuvée par le Conseil fédéral dans les années 70 et portant sur environ 600 objets à marquer en cas de conflit devient caduque; cette nouvelle manière d'aborder le problème ne manquera pas d'avoir des effets positifs sur les possibilités d'instruction. A ce propos, signalons que le nouvel inventaire des biens culturels sera, notamment, mis à la disposition des commandants de troupe jusqu'à l'échelon des commandants de bataillon. L'inventaire précité a aussi servi à établir la carte des biens culturels, récemment éditée par l'Office fédéral de topographie.

5. La protection des biens culturels en tant que partenaire de la défense générale

En novembre de cette année, la protection des biens culturels a constitué l'un des thèmes de l'exercice de défense générale (Ex. DG). Dans cette perspective et pour compléter les bases légales, l'OPFC a élaboré, en collaboration avec les responsables cantonaux et le Comité suisse de la protection des biens

culturels, trois projets de prescriptions. Ces prescriptions concernent:

- les mesures à prendre pour assurer la protection des biens culturels en cas de mise sur pied de la protection civile pour le service actif,
- l'apposition de l'écusson de la protection des biens culturels et enfin,
- la carte d'identité du personnel de la protection des biens culturels.

Lesdites prescriptions ont été testées lors de l'exercice de défense générale 88; ensuite, leur version remaniée sera publiée dans la Feuille officielle de la protection civile et envoyée aux services ainsi qu'aux organisations intéressées. Pour être complet, signalons que l'élaboration de ces trois textes légaux coïncide avec la réalisation pratique d'importantes mesures de protection; en effet, l'acquisition des cartes d'identité du personnel de la protection des biens culturels et des écussions en toile (80x80 cm) est achevée, si bien que ces objets pourront être remis sous peu aux cantons et aux offices fédéraux concernés. □

Equipement d'abris

- Lits pour abris privés
- Lits pour personnel
- Casiers à effets
- WC à sec
- Séparations de toilettes
- Séparations de caves transformables en lits
- Etagères/Rayonnages
- Entretien d'abris

Autier Abri Service

2, route des Ravières
1258 Perly GE

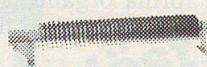
Téléphone 022 71 19 50

Für Heizgeräte zu ANSON:



Grosse Warmluft-Heizgeräte

Transportabel. Als Zusatzheizung. Zum Austrocknen im Bau. Billig in Anschaffung und Betrieb. 380 V. 6–30 kW. Ab 998.–



Rippenrohr-Heizkörper

Für öffentliche Gebäude, Industrie, Bäckerei etc. Robust. In vielen Längen und Leistungsstufen. 220 oder 380 V. Ab Fr. 78.–



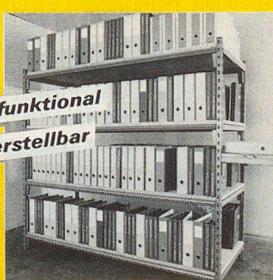
El. Heizgeräte für festen Einbau

Sind wirtschaftlich für nicht dauernd belegte Räume, Hallen, Keller, Lager, Saalbauten usw. 380 V, 3–50 kW. Ab Fr. 936.–

**Fragen Sie uns an! ANSON AG 01/461 11 11
Friesenbergstrasse 108 8055 Zürich**

Die neue Liegestelle von ACO.

Ein absoluter Spatenreiter.



Mit der neuen und vielseitig einsetzbaren Liegestelle setzt ACO einen weiteren Markstein. Die Vorteile liegen auf der Hand: interessante Möglichkeiten durch Mehrzwecknutzung (auch außerhalb des Zivilschutzes), Höhenverstellbarkeit der Laschen für die Träger und Böden alle 50 mm, keine hervorstehenden angeschweißten Laschen, einfache Montage durch Einsticken, kleines Lagervolumen durch Einzelteile, wirtschaftlich im Preis, ACO-Qualität.

Verantwortungsvoll entscheiden... für Zivilschutzmöbel von ACO.

Die neue Liegestelle von ACO ist mit nichts zu vergleichen. Benützen Sie deshalb unseren Info-Bon.



ACO-Zivilschutzmöbel
Allensbach & Co. AG
8304 Wallisellen
Tel. 01830 15 18

Info-Coupon

Ja – Wir möchten den neuen Spatenreiter unter den Liegestellen kennenlernen. Schicken Sie uns bitte Ihre Unterlagen.

Name:

Strasse:

PLZ/Ort:

Telefon:

Zuständig für:

Lo stato della protezione dei beni culturali in Svizzera

Sono disponibili 116 rifugi per i beni culturali

kam. All'inizio del 1984 il Servizio della protezione dei beni culturali è stato integrato nell'UOPC. Da allora ha fatto registrare notevoli progressi, come ha comunicato l'Ufficio federale della protezione civile in occasione del Rapporto di novembre dei capi degli uffici cantonali della protezione civile. Anche se sussistono grandi differenze da cantone a cantone e da comune a comune, gli sforzi intrapresi sono ben visibili, come dimostra la seguente spiegazione.

1. Organizzazione

Nella riunione del 23 marzo 1988, il Consiglio federale ha approvato l'Inventory svizzero dei beni culturali di importanza nazionale e regionale. Questo documento è importante per la protezione dei beni culturali perché definisce i beni culturali esistenti che devono essere protetti dalla Confederazione con priorità assoluta e quindi influisce indirettamente sulla forma organizzativa della protezione dei beni culturali nei comuni.

È chiaro che l'effettivo del personale della protezione dei beni culturali dipende dal numero dei beni culturali da proteggere, risp. dall'ampiezza delle misure di protezione.

Nella protezione civile è il numero degli abitanti a determinare la struttura dell'organizzazione. Nel settore dei beni culturali le cose vanno diversamente: è infatti possibile che un comune possieda numerosi beni culturali che, in caso di conflitto armato, non possono essere protetti. Esempi del genere sono i luoghi archeologici o gli edifici che, in tempo di pace, sono stati documentati dai responsabili cantonali per la protezione dei beni culturali e che in caso di guerra non possono essere protetti. Sulla base di questa situazione non è possibile emanare istruzioni precise in rapporto all'organizzazione della protezione dei beni culturali nei comuni. I responsabili cantonali della protezione dei beni culturali devono perciò stabilire, insieme al cantone, al capo locale o allo stabilimento (istituzione dei beni culturali) qual è il tipo di organizzazione che corrisponde più pienamente ai loro bisogni.

2. Istruzione del personale della protezione dei beni culturali

Anche l'istruzione del personale della protezione dei beni culturali ha un valore simile a quello dell'organizzazione della stessa. Dal 1986 questa istruzione ha fatto registrare un'evoluzione posi-

tiva. L'Ufficio federale della protezione civile ha finora istruito circa 500 persone, che in gran parte vengono impiegate come responsabili comunali per la protezione dei beni culturali, ad esempio capiservizio protezione dei beni culturali. La nuova concezione dell'istruzione, approvata dai cantoni, trasferisce una parte della responsabilità dell'istruzione ai comuni. Essa definisce inoltre le possibilità d'istruzione per le diverse funzioni di protezione dei beni culturali.

Le documentazioni per direttori dei corsi d'istruzione di protezione dei beni culturali (corso di base protezione dei

Rifugi per i beni culturali

Stato: settembre 1988

AG = 10	AI = 0	AR = 3
BS = 5	BL = 1	BE = 13
FR = 1	GE = 9	GL = 0
GR = 7	JU = 1	LU = 4
NE = 1	NW = 1	OW = 5
SG = 6	SH = 0	SO = 4
SZ = 3	TG = 5	TI = 0
UR = 4	VD = 10	VS = 11
ZG = 2	ZH = 10	

Totale = 116

beni culturali, corso di perfezionamento di protezione dei beni culturali e corso per istruttori cantonali di protezione dei beni culturali) sono elaborati dal servizio per la protezione dei beni culturali dell'Ufficio federale della protezione civile e saranno distribuite ai cantoni nei prossimi mesi.

3. I rifugi per i beni culturali

Grazie alla buona collaborazione tra la Confederazione e i cantoni, dal 1985 sono stati approntati in media 15 nuovi rifugi per beni culturali all'anno.

Oggi sono disponibili in totale oltre 100 rifugi con un volume totale di circa 100 000 m³. Nella maggior parte di questi rifugi sono depositati già adesso beni culturali. L'obiettivo fondamentale è quello di predisporre i rifugi il più possibile sotto o nelle vicinanze di istituzioni di beni culturali (per es. musei), in modo che queste possano tenere il loro bene culturale sempre al sicuro. Per i beni culturali che non devono essere conservati al sicuro in tempo di pace, come oggetti utilizzati nelle chiese, si dovrebbero approntare rifugi di fortuna adeguati, che possono accogliere i beni culturali minacciati al momento opportuno. Si capisce che i responsabili della protezione civile a questo riguardo devono poter contare sulla collaborazione degli organismi della protezione civile. Questi ultimi dovrebbero mettere a disposizione della protezione dei beni culturali i rifugi che non sono (più) utilizzati per la protezione delle persone. In tal modo la protezione dei beni culturali può assolvere i suoi com-

Concezione dell'istruzione nella protezione dei beni culturali

Funzione

Livello federale
Il servizio di protezione
dei beni culturali

istruisce

Competenza

- i capi degli uffici cantonali della PBC
- gli istruttori cantonali
- i capi OPS-PBC, risp. i responsabili comunali della PBC
- il personale di PBC federale
- i capi OPS-PBC, risp. i responsabili comunali se non sono istruiti dalla Confederazione
- il restante personale della PBC

Livello cantonale
I responsabili cantonali
Gli istruttori cantonali

istruiscono

Livello comunale
I capi degli OPS-PBC
I responsabili comunali

mettono alla prova

- il personale della PBC

piti senza dover approntare troppi nuovi rifugi.

4. Contrassegno dei beni culturali d'importanza nazionale

Nell'elaborazione dell'inventario dei beni culturali l'UFPC ha stabilito con il Dipartimento militare federale che, in tempo di servizio attivo, risp. su ordine del Consiglio federale, per principio tutti i beni culturali d'importanza nazionale (circa 1450 oggetti) devono essere provvisti dello scudo blu di protezione dei beni culturali. Così perde validità l'elenco dei circa 600 oggetti da contrassegnare in caso di conflitto, predisposto dal Consiglio federale negli anni 70, il che avrà senz'altro effetti positivi anche sulle possibilità d'istruzione. In questo contesto occorre ricordare che il nuovo inventario viene messo a disposizione anche delle istanze di comando militari fino al livello di battaglione. Esso costituisce inoltre la base per la carta dei beni culturali recen-

temente pubblicata dall'Ufficio federale di topografia.

5. La protezione dei beni culturali come partner della difesa integrata

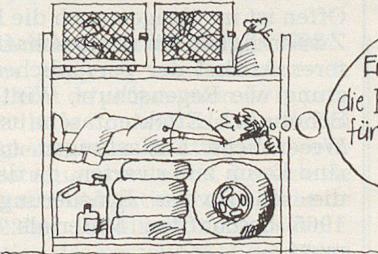
In novembre anche la protezione dei beni culturali ha potuto dare prova del suo funzionamento durante l'esercizio di difesa integrata. In vista di questa e a complemento delle basi legali già esistenti, l'UFPC ha elaborato tre progetti di istruzione, insieme ai responsabili cantonali e al Comitato svizzero per la protezione dei beni culturali.

Queste istruzioni su:

- le misure da prendere nella protezione dei beni culturali in caso di chiamata al servizio attivo
 - l'apposizione degli scudi di protezione
 - la carta d'identità per il personale dei beni culturali
- sono state sperimentate durante l'esercizio di difesa integrata e saranno pubblicate in versione definitiva nel Foglio

d'informazione della protezione civile e inviate alle organizzazioni interessate e agli uffici specializzati. Per completezza ricordiamo che la preparazione di queste tre disposizioni coincide con la realizzazione di importanti misure di protezione: la preparazione delle carte d'identità per il personale della protezione dei beni culturali e degli scudi (di stoffa, 80x80 cm) è stata conclusa ed essi potranno essere consegnati prossimamente ai cantoni e agli uffici federali interessati. □

Lunor Schutzraum- Einrichtungen



Einfach praktisch,
die Better charmer
für allerhand
bruuche!

Das Lunor Programm umfasst:

- Stapelbare Liegestellen, beliebig kombinierbar
- Trockenklosett-Ausrüstungen

Rufen Sie uns an oder verlangen Sie ausführliche Dokumentation.

Lunor

G. Kull AG Zivilschutzanlagen
Zurlindenstr. 215a
8003 Zürich
01/242 82 30

Mattstettenstr. 8
3303 Jegenstorf
031/96 11 26

Wap® löst Ihre Reinigungsprobleme.

Stationäre WAP® Hochdruckreinigungsanlagen mit Zapfstellen, Anschlüssen nach Wahl für die optimale Lösung aller Reinigungs- und Desinfektionsarbeiten in Lebensmittelherstellern, Hotels und Grossküchen.

WAP® AG Reinigungssysteme
CH-9606 Bütschwil
Telefon 073 / 33 011
Telex 883 272 wap ch
Telefax 073 / 33 27 58

Verkauf- und Servicestellen:
Aargau, Bern, Graubünden,
Jura, Tessin, Thurgau, Waadtland
Zürich

Bitte senden Sie mir Ihre Dokumentation:
Name _____
Adresse _____

ZS

Stand des Zivilschutzes und Perspektiven für den weiteren Ausbau

Die Lücken werden stetig geschlossen

kam. Die Bilanz darf sich sehen lassen: 85 % der Bevölkerung verfügen über einen künstlich belüfteten Schutzplatz, 65 % der erforderlichen Anlagen der Organisation und des Sanitätsdienstes sind erstellt, mehr als die Hälfte des Material-Solls ist vorhanden, 65 % der Schutzdienstpflchtigen sind in ihrer Funktion ausgebildet. Diese Zahlen (und noch viele andere) wurden kürzlich dem Bundesrat und der Konferenz der kantonalen Zivilschutzdirektoren präsentiert – als ergänzende Unterlagen für die begonnene Diskussion der Vorschläge der Arbeitsgruppe «Nothilfe» («Zivilschutz» 5/88). Der Kurzbericht wurde anfangs November auch den Chefs der kantonalen Ämter für Zivilschutz an ihrem traditionellen Rapport unterbreitet. Er zeigt – wie nachstehend dokumentiert wird – noch gewisse Lücken auf, aber auch stolze Bilanzen des Erreichten.

1. Ausbaustand 1988

In seinem Zwischenbericht 1983 zum Stand des Zivilschutzes hat der Bundesrat den Sollzustand dargelegt, der zu erreichen ist, damit der Zivilschutz seiner durch Art. 22bis Abs. 1 BV vorgegebenen Zweckbestimmung, dem zivilen Schutz der Personen und Güter gegen die Auswirkungen kriegerischer Ereignisse, gerecht werden kann.

In den Hauptbereichen des Zivilschutzes besteht heute, gemessen am vorerwähnten Sollzustand, folgender Zwischenstand:

– Für die Bevölkerung verfügbare künstlich belüftete Schutzplätze	85
– Anlagen der Schutzorganisationen und des Sanitätsdienstes	65
– Zivilschutzmaterial	55
– Für ihre Funktion ausgebildete Schutzdienstpflchtige	65

Hervorzuheben ist, dass bei einem Schutzaumbezug noch rund 1 Mio. Einwohner in Behelfsschutzräumen geschützt werden müssen und dass das Ausbildungsdefizit grösstenteils bei den Vorgesetzten- und Spezialistenfunktionen besteht, insbesondere bei den Schutzraumchefs, der Schlüsselaktion des Zivilschutzes.

Die angegebenen Prozentzahlen sind Durchschnittszahlen. Zwischen den Kantonen und in den Kantonen zwischen den Gemeinden bestehen, bedingt durch die an sich zwingende Einbettung des Vollzugs des Zivilschutzes in die politischen Strukturen, beträchtliche Unterschiede.

2. Entwicklungsperspektiven bis Ende 1999

In der Botschaft zur Konzeption 1971 des Zivilschutzes ging der Bundesrat davon aus, dass der Sollzustand bis zum Jahre 1990 zu erreichen sei. Die dafür erforderlichen finanziellen und personellen Mittel konnten indessen nicht im nötigen Umfang verfügbar ge-

macht werden. Anlässlich der Behandlung des Zwischenberichtes 1983 zum Stand des Zivilschutzes haben sich die eidgenössischen Räte für eine Erstreckung der Frist bis Ende der neunziger Jahre entschieden. Die im folgenden aufgezeigten Entwicklungsperspektiven umfassen diesen Zeitraum.

2.1 Schutzplätze für die Bevölkerung
Mit fortgesetzter privater sowie öffentlicher Bautätigkeit und der damit verbundenen Erstellung von Pflichtschutzräumen wird sich das noch vorhandene Defizit an Schutzplätzen für die Bevölkerung vielerorts ohne besondere Massnahmen abbauen. Für Gebiete mit schwacher Bautätigkeit müssen die Gemeinden gezielt öffentliche Schutzräume erstellen. Bei Nutzung der sich bietenden Bauglegenheiten und gezielter Bewirtschaftung der Bundesbeitragsquoten durch die Kantone sollten im wesentlichen alle Gemeinden in der Lage sein, vorhandene Schutzplatzdefizite zu beheben.

2.2 Anlagen der Schutzorganisationen und des Sanitätsdienstes
Die Anlagen der Schutzorganisationen und des Sanitätsdienstes entstehen als akzessorische Bauten bei der Verwirklichung gröserer öffentlicher Bauvorhaben. Beim heutigen Umfang der öffentlichen Bautätigkeit und beim derzeitigen Kreditrahmen für die Ausrichtung des Bundesbeitrages an die Kosten der Zivilschutzanlagen ist das Planungsziel nicht erreichbar. Für den Zeitraum nach 1999 werden Vorhaben für Zivilschutzanlagen im Umfang von rund 1 Mrd. Franken Erstellungskosten verbleiben. Mit zunehmender Zeit werden zudem vermehrt nach früheren technischen Vorschriften erstellte Schutzanlagen und öffentliche Schutzräume entsprechend der Entwicklung der Bedrohung und dem Fortschritt der Schutztechnik modernisiert werden müssen.

2.3 Zivilschutzmaterial

Das für den Zivilschutz zu beschaffende Material ist in einem Erlass des EJPD, der Materialliste 1985 des Zivilschutzes, umschrieben. Aus finanziellen Gründen konnten nur die elementarsten Bedürfnisse berücksichtigt werden. Bei Materialbeschaffungskrediten in heutigem Umfang erstreckt sich die Verwirklichung der Materialliste 1985 bis gegen das Jahr 1999. Der Hauptanteil dieser Kredite wird benötigt, um die erst seit 1978 organisatorischpflichtigen rund 1800 Gemeinden ausrüstungsmässig auf den Stand der schon früher organisatorischpflichtigen Gemeinden zu bringen.

Zur Verwirklichung neuer wichtiger und dringender Vorhaben besteht kein Spielraum. Als solche Vorhaben sind zu erwähnen:

- Sicherstellen einer sicheren Funkverbindung zwischen der Ortsleitung und den Schutzräumen (Ortsfunk), die namentlich auch die zeitverzugslose Verschärfung und Lockerung der C-Schutzmassnahmen in den Schutzräumen ermöglicht;
- Sicherstellen der netzunabhängigen Speisung der Notbeleuchtung und der Radioempfänger im Schutzraum;
- Schutzausrüstungen für Einsätze in Brand und Trümmern in Annäherung an den Schutz der Angehörigen der Luftschutztruppen;
- Verbesserung der C-Schutzausrüstungen in Annäherung an den Schutz des Wehrmannes.

Die Verwirklichung dieser Vorhaben würde eine Erhöhung der Materialbeschaffungskredite um jährlich mindestens 50 Mio. Franken voraussetzen. Ein erster Schritt in dieser Richtung zeichnet sich ab, indem die eidgenössischen Räte die auf die rasche Beschaffung des Ortsfunks abzielende Motion Wanner angenommen haben.

Offen ist im übrigen noch die Frage der Zuständigkeit für die Beschaffung weiterer Artikel der persönlichen Ausrüstung wie Regenschutz, Winterartikel, Schuhwerk, Effektentasche usw.

Wesentliche Entlastungen nach 1999 sind kaum zu erwarten, da dannzumal die schrittweise Erneuerung des ab 1965 beschafften Materials einsetzen muss.

2.4 Zivilschutzausbildung

Im Bereich der Zivilschutzausbildung musste sich das Bundesamt für Zivilschutz bei den ihm gesetzlichen obliegenden Ausbildungsaufgaben bisher auf die Schulung der Ausübung der betreffenden Funktionen im Einsatz sowie der sich darauf beziehenden Planungen beschränken, wobei die gesetzlich vorgeschriebene Weiterbildung nur für ganz bestimmte Funktionen möglich war. Wie die Erfahrungen zeigen, muss zusätzlich die Weiterbildung der Ortschefs und Dienstchefs in Richtung Vorbereitung und Durchführung

der jährlichen Übungen an die Hand genommen werden. Dies sowie die Schliessung der vorerwähnten Lücken bei der einsatzbezogenen Weiterbildung setzt eine Erhöhung der Zahl der Instruktorenstellen beim Bundesamt für Zivilschutz von heute 54 auf mindestens 74 voraus. Von den heute bestehenden 54 Instruktorenstellen sind 28 durch Umlegungen anderer Stellen des Amtes und des Departementes geschaffen worden. Weitere Umlegungen sind im erforderlichen Umfang nicht mehr möglich. Um dieses Personalbegehren zu erhärten, hat das EJPD eine Organisationsüberprüfung des BZS durch das Bundesamt für Organisation in die Wege geleitet. Was die Zivilschutzausbildung in den

Kantonen und Gemeinden betrifft, so ist es heute vielerorts mangels genügender Instruktorenkapazität noch nicht möglich, allen vakanten Kaderfunktionen mit ausgebildeten Anwärttern zu besetzen. Als Minimalforderung muss gelten, dass künftig die altersbedingten Abgänge nur mehr durch regulär auszubildende Anwärter ersetzt werden, wobei abgekürzte Ausbildungsgänge, insbesondere für ehemalige Kader und Spezialisten der Armee, der Feuerwehr usw., vorbehalten bleiben. Dies und die Verbesserung der von den Gemeinden durchzuführenden Übungen, welche immer wieder zu oft gerechtfertigten Beanstandungen Anlass geben, setzt eine genügende Anzahl von geeigneten Zivilschutzin-

struktoren voraus. Nach der Beurteilung des BZS sollte die Zahl der von den Kantonen und Gemeinden heute insgesamt angestellten rund 330 hauptamtlichen Zivilschutzinstruktoren auf rund 550 erhöht werden können. Dies würde einer anzustrebenden Norm von einem hauptamtlichen Zivilschutzinstruktor auf ungefähr 10 000 Einwohner entsprechen. Wo ein Grundstock von geeigneten nebenamtlichen Instruktoren vorhanden ist, kann die Zahl der hauptamtlichen Instruktoren sicher auch etwas kleiner gehalten werden. Mittel- und langfristig dürfte allerdings die Bereitschaft der Arbeitgeber, Angestellte für die nebenamtliche Instruktion zu beurlauben, im Abnehmen begriffen sein. □

Situation actuelle et perspectives d'avenir en matière de protection civile

Les lacunes constatées se combinent peu à peu

kam. Les chiffres sont là et on peut en tirer une légitime fierté: 85% des habitants de notre pays disposent d'une place protégée ventilée, 65% des constructions des organismes et du service sanitaire sont réalisées, plus de la moitié du matériel réglementaire est acquise, 65% des personnes astreintes à servir dans la protection civile ont suivi l'instruction requise pour assumer leur fonction. Ces chiffres (et bien d'autres encore) ont été récemment présentés au Conseil fédéral et à la Conférence des directeurs cantonaux de la protection civile; ils servent de base à la discussion concernant le rapport du groupe de travail «Intervention de la protection civile en cas d'urgence» (*Protection civile 5/88*). Le résumé du rapport a également été soumis au début novembre aux chefs des offices cantonaux de la protection civile, à l'occasion de leur traditionnel rapport. Si certaines lacunes y apparaissent encore – comme on le verra ci-dessous –, le bilan général n'en est pas moins positif.

1. Situation de la protection civile en 1988

Dans son rapport intermédiaire de 1983 sur l'état de préparation de la protection civile, le Conseil fédéral a défini l'état réglementaire à atteindre pour que la protection civile soit à même de faire face aux obligations découlant de l'article 22bis, 1er alinéa, cst., à savoir, la protection des personnes et des biens contre les conséquences de faits de guerre.

Dans les principaux domaines de la protection civile, on trouve aujourd'hui, en comparaison avec l'état réglementaire précité, l'état intermédiaire suivant:

En % de l'état réglementaire

- Places protégées ventilées à la disposition de la population	85
- Constructions des organismes de protection et du service sanitaire	65

– Matériel de la protection civile 55

– Personnes astreintes à servir dans la protection civile qui ont reçu l'instruction correspondant à leur fonction 65

Relevons qu'en cas d'occupation des abris, environ un million d'habitants devraient trouver refuge dans des abris de fortune. Quant au retard constaté au niveau de l'instruction, il concerne essentiellement les fonctions de cadres et de spécialistes, en particulier la fonction de chef d'abri, pourtant considérée comme une des fonctions clés de la protection civile.

Les pour-cent indiqués représentent des valeurs moyennes. En matière de développement de la protection civile, il existe des différences sensibles d'un canton à l'autre et même d'une commune à l'autre. Ces différences sont dues au fait que l'exécution des me-

sures intéressantes la protection civile dépend des structures politiques, puisqu'elle incombe essentiellement aux responsables cantonaux et locaux.

2. Perspectives jusqu'à la fin de l'année 1999

Comme on peut le lire dans le message sur la conception 1971 de la protection civile, le Conseil fédéral estimait, à l'époque, que l'état réglementaire de la protection civile pouvait être atteint jusqu'en 1990. Cependant, il n'a pas été possible de disposer, dans la mesure voulue, des moyens financiers et du personnel nécessaires. Aussi, lorsqu'elles ont pris connaissance, en 1983, du rapport intermédiaire sur l'état de préparation de la protection civile, les Chambres fédérales ont décidé de prolonger, jusqu'à la fin des années 90, le délai requis pour réaliser l'état réglementaire susmentionné. Les perspectives évoquées ci-après concernent ce laps de temps.

2.1 Places protégées destinées à la population

Grâce à l'activité soutenue régnant dans le secteur du bâtiment, au niveau tant privé que public, et à la réalisation d'abris obligatoires qui s'ensuit, le manque actuel de places protégées se résorbera, en maints endroits, de lui-même. En revanche, dans les régions où l'activité de la construction reste faible, les communes devront pourvoir à la réalisation d'abris publics. Si les cantons et les communes profitent de toutes les possibilités de construire qui s'offrent à eux et s'ils gèrent judicieusement les subventions fédérales auxquelles ils peuvent prétendre, pratiquement toutes les communes devraient être à même de réaliser les places protégées qui leur manquent.

2.2 Constructions des organismes de protection et du service sanitaire

Les constructions des organismes de

protection et du service sanitaire sont réalisées, à titre accessoire, lors de l'édification de grands bâtiments publics. Or, vu l'activité déployée par l'industrie du bâtiment dans le secteur public et les limites auxquelles est soumis le subventionnement des ouvrages de protection civile, il n'est pas possible d'atteindre le but fixé par la planification. Après 1999, les projets d'ouvrages de protection civile encore à construire représenteront un coût de réalisation d'environ un milliard de francs. En outre, plus le temps passera, plus il faudra moderniser les constructions de protection et les abris publics édifiés selon d'anciennes prescriptions, en les adaptant à l'évolution de la menace et au progrès de la technique de protection.

2.3 Matériel de la protection civile

Le matériel qui doit être acquis pour la protection civile est décrit dans un acte législatif émis par le DFJP, l'ordonnance concernant la liste du matériel de la protection civile du 11 novembre 1985. Pour des raisons financières, seuls les besoins les plus élémentaires ont pu être pris en compte. Si les crédits destinés à l'achat du matériel restent dans les limites actuelles, l'acquisition du matériel porté sur la liste précitée durera jusqu'en 1999. La plupart de ces crédits seront utilisés pour permettre aux quelque 1800 communes, qui n'ont été soumises à l'obligation de créer un organisme de protection qu'à partir de 1978, de combler leur retard en matière d'équipement par rapport aux communes soumises dès l'origine à cette même obligation.

Avec les moyens actuels, il n'est guère possible de réaliser de nouveaux projets, pourtant importants et urgents. Ces projets devraient permettre de faire face aux tâches suivantes:

- assurer une liaison radio fiable entre la direction locale et les abris (système de radio locale), ce qui permettrait notamment d'ordonner ou de lever, sans perte de temps, les mesures de protection C prises dans les abris;
- assurer, dans l'abri, une alimenta-

tion du système d'éclairage de secours et des récepteurs radio qui soit indépendante du réseau;

- acquérir des équipements de protection pareils à ceux qui permettent, aux troupes de protection aérienne, d'intervenir au cœur des incendies et dans les décombres;
- fournir, aux personnes astreintes à servir dans la protection civile, un équipement de protection C aussi efficace que celui des militaires.

Or, la mise en œuvre d'un tel programme suppose une augmentation des crédits d'acquisition de matériel d'au moins 50 millions de francs par an. Un premier pas se dessine dans cette direction, car le Conseil national a accepté la motion Wanner, qui demande l'acquisition rapide du système de radio locale. Une question n'est toutefois pas encore tranchée: celle de la compétence en matière d'acquisition d'autres objets de l'équipement personnel comme, par exemple, l'équipement de protection contre le pluie, les effets d'hiver, les chaussures, les sacs à effets personnels, etc.

Il ne faut guère s'attendre à un allègement du budget après 1999, car il s'agira, alors, de remplacer progressivement le matériel acquis à partir de 1965.

2.4 Instruction de la protection civile

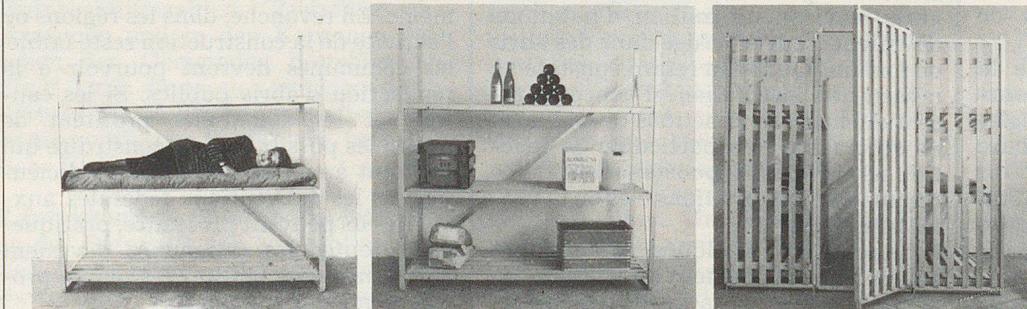
Face aux nombreuses tâches que la loi lui impose en matière d'instruction, l'Office fédéral de la protection civile a dû se borner, jusqu'à présent, à enseigner aux personnes concernées, comment exercer leurs fonctions dans la pratique et comment réaliser les travaux de planification nécessaires; quant au perfectionnement prescrit par la loi, il n'a été possible que pour certains titulaires de fonctions. Or, l'expérience le prouve, il est indispensable d'améliorer encore la formation des chefs locaux et des chefs de service, en ce qui concerne la préparation et l'exécution des exercices annuels.

Cette dernière tâche, ainsi que l'élimination des lacunes constatées au niveau de l'amélioration des capacités d'inter-

vention, exigent que le nombre des instructeurs de l'Office fédéral de la protection civile passe de 54 actuellement, à 74 au moins. Or, sur les 54 postes d'instructeurs que compte actuellement l'office, 28 ont été créés en modifiant la répartition des postes au sein de l'office et du département; d'autres changements de répartition des postes ne sont plus possibles dans la mesure nécessaire. Pour résoudre ce problème de personnel, le DFJP a prié l'Office fédéral de l'organisation d'examiner le fonctionnement de l'OPFC.

A cause du manque d'instructeurs qu'enregistrent également les cantons et les communes, il n'est aujourd'hui encore pas possible, dans maints endroits, de disposer d'un candidat formé pour chaque poste vacant de cadre et de spécialiste. A l'avenir, il convient d'exiger, au moins, que tous les cadres et spécialistes qui partent à la retraite soient remplacés exclusivement par des candidats régulièrement instruits, tout en admettant que l'instruction de base d'anciens cadres et spécialistes de l'armée ou des sapeurs-pompiers, par exemple, puisse être raccourcie. Cette exigence et aussi la volonté d'améliorer les exercices organisés par les communes (qui continuent de faire l'objet de critiques trop souvent justifiées) supposent l'existence d'un nombre suffisant d'instructeurs compétents. De l'avis de l'OPFC, le nombre d'environ 330 instructeurs engagés à plein temps auprès des cantons et des communes devrait être porté à 550, à peu près. Ce chiffre correspondrait à la norme souhaitable d'un instructeur de protection civile à plein temps pour quelque 10 000 habitants. Lorsqu'il existe suffisamment de bons instructeurs à temps partiel, on peut certainement réduire légèrement le nombre des instructeurs à plein temps. Cependant, à moyen et à long terme, il se pourrait que les employeurs acceptent de moins en moins volontiers de donner congé à leurs employés pour leur permettre d'exercer une activité d'instructeur à temps partiel.

Liegebett, Lagergestell, Keller-/Estrichabschrankung – alles in einem!



PRIM INDUSTRIAL LTD

Grand-Rue 97a 2720 Tramelan Telefon: 032 97 41 71 Telefax 032 97 41 76

Die PRIM-Mehrzweck-Schutzraumliegestelle (Typ PRM 87) garantiert Ihnen einen vielseitigen Nutzen.

Bestellen Sie Ihre PRIM-Liegestelle noch HEUTE bei unseren Vertretern:

Triceps AG	042	21 63 23
Uni-System	031	34 38 78
Victor Meyer AG	062	23 11 22
Koch + Risi	071	67 67 19
Bernard Uldry	021	32 45 76
BKV SA de Conseils	037	23 19 23
Eichenberger Sanitär AG	064	22 94 51
Keller-Ästhetik- Renovationen	01	432 57 25

Stato della protezione civile e prospettive per il suo potenziamento

Le lacune vengono colmate costantemente

kam. Il bilancio è senz'altro positivo: l'85 % della popolazione dispone di un posto protetto con ventilazione artificiale, il 65 % degli impianti necessari degli organismi e del servizio sanitario è stato realizzato. Più della metà del materiale prescritto è disponibile, il 65 % delle persone obbligate a servire ha ricevuto l'istruzione corrispondente alla loro funzione. Queste cifre (e molte altre ancora) sono state presentate di recente al Consiglio federale e alla Conferenza dei direttori cantonali della protezione civile come documentazione complementare per la già avviata discussione delle proposte del gruppo di lavoro «Soccorsi urgenti» (*Protezione civile 5/88*). Il breve rapporto è stato sottoposto all'inizio di novembre anche ai capi degli uffici cantonali della protezione civile nel loro tradizionale rapporto. Esso dimostra, come esponiamo qui di seguito, che ci sono ancora certe lacune, ma anche positivi bilanci di ciò che è stato raggiunto.

1. Stato dell'ampliamento

Nel suo Rapporto intermedio sullo stato della protezione civile del 1983, il Consiglio federale ha presentato lo stato prescritto che deve essere raggiunto affinché la protezione civile possa realizzare il suo scopo principale dato all'articolo 22bis cpv. 1 della Costituzione federale, e cioè la protezione civile delle persone e dei beni dagli effetti di eventi bellici.

Nei settori principali della protezione civile è stato raggiunto attualmente, in rapporto allo stato prescritto, il seguente stato intermedio:

	Percentuale dello stato prescritto %
- Posti protetti disponibili con ventilazione artificiale	85
- Impianti degli organismi e del servizio sanitario	65
- Materiale di protezione civile	55
- Persone obbligate a servire istruite per la loro funzione	65

Occorre sottolineare che, in caso di occupazione dei rifugi, circa 1 milione di persone dovrebbero ancora essere ricoverate in rifugi di fortuna e che le lacune dell'istruzione sono localizzate soprattutto nel settore dei superiori e degli specialisti, in particolare dei capi rifugio, la funzione-chiave della protezione civile.

Le percentuali indicate sono percentuali medie. Esistono infatti notevoli differenze tra i cantoni, e, nei cantoni, tra comune e comune, differenze determinate dal fatto che la realizzazione della protezione civile va inserita necessariamente nelle strutture politiche.

2. Prospettive di evoluzione fino alla fine del 1989

Nel messaggio sulla concezione 1971 della protezione civile, il Consiglio fe-

derale parte dal presupposto che lo stato prescritto si debba raggiungere entro il 1990. Finora però non è stato possibile mettere a disposizione i mezzi finanziari e personali nella misura richiesta. In occasione del dibattito sul Rapporto intermedio sullo stato della protezione civile, le Camere federali hanno deciso nel 1983 che la scadenza doveva essere prorogata fino alla fine degli anni '90. Le prospettive di evoluzione delineate qui di seguito si estendono appunto su questo periodo di tempo.

2.1 Posti protetti per la popolazione

Continuando l'attività edilizia privata e pubblica e quindi la costruzione di rifugi obbligatori, sarà possibile eliminare senza misure particolari il deficit di posti protetti ancora esistente. Per le zone con scarsa attività edilizia i comuni devono realizzare rifugi pubblici. Utilizzando le possibilità edilizie che si offrono e amministrando saggiamente le quote di sussidi federali, i cantoni dovrebbero essere in grado di colmare i deficit di posti protetti.

2.2 Impianti degli organismi e del servizio sanitario

Gli impianti degli organismi e del servizio sanitario sorgono come costruzioni complementari alla realizzazione di altri progetti di grandi dimensioni. Allo stato attuale dell'attività edilizia e dei crediti destinati ai sussidi federali per i costi degli impianti di protezione civile, l'obiettivo prefissato non è raggiungibile. Per il periodo dopo il 1999 resteranno progetti per impianti di protezione civile per una cifra di circa 1 miliardo di franchi. Col passare del tempo sarà inoltre necessario modernizzare gli impianti e i rifugi pubblici costruiti secondo le istruzioni tecniche precedenti in corrispondenza alla minaccia e al progresso della tecnica di protezione.

2.3 Materiale di protezione civile

Il materiale da predisporre per la pro-

tezione civile è descritto in un decreto del DFGP, l'elenco del materiale della protezione civile. Per ragioni economiche si sono tenuti presenti soltanto i bisogni più elementari. Allo stato attuale dei crediti per il materiale, la realizzazione dell'elenco del materiale 1985 non potrà aver luogo prima del 1999. La parte più grande di questi crediti è necessaria per portare i circa 1800 comuni obbligati dal 1978 a realizzare impianti di protezione allo stato di equipaggiamento dei comuni che già prima erano sottoposti a quest'obbligo. Non c'è margine d'azione per la realizzazione di nuovi progetti importanti e urgenti, come ad esempio:

- assicurare un collegamento radio sicuro tra la direzione locale e i rifugi (radio locale), collegamento che rende possibile anche un miglioramento delle misure C nei rifugi;
- assicurare l'alimentazione indipendente dalla rete dell'illuminazione d'emergenza e dei ricevitori radio nel rifugio;
- equipaggiamenti di protezione per interventi in casi d'incendio e di macerie simili alla protezione dei membri delle truppe di protezione aerea;
- miglioramento degli equipaggiamenti C simile alla protezione dei membri dell'esercito.

La realizzazione di questi progetti presupporrebbe un aumento dei crediti per il materiale di almeno 50 milioni di franchi all'anno. Un primo passo in questa direzione si delinea nel fatto che le Camere federali hanno accettato la mozione Wanner, la quale mira ad un sistema rapido di predisposizione del materiale.

Resta ancora aperto il problema della competenza per la predisposizione di altri articoli dell'equipaggiamento personale, come il rivestimento protettivo antipioggia, articoli per l'inverno, scarpe, borsa per gli effetti personali, ecc. Dopo il 1999 è difficile che si verifichino ulteriori alleggerimenti, dato che si dovrebbe iniziare la modernizzazione graduale del materiale predisposto a partire dal 1965.

2.4 Istruzione nella protezione civile

Nel settore dell'istruzione della protezione civile l'Ufficio federale della protezione civile ha dovuto limitarsi all'istruzione per l'esercizio delle funzioni corrispondenti nell'intervento e alle relative pianificazioni, dati i compiti di istruzione che la legge gli impone. Per questa ragione il perfezionamento prescritto dalla legge è stato possibile soltanto per funzioni ben precise. Come dimostra l'esperienza, si deve avviare anche il perfezionamento dei capi locali e dei capiservizio in vista della preparazione e della realizzazione degli esercizi annuali.

Questo fatto, insieme alle lacune da colmare nel perfezionamento in vista dell'intervento, presuppone un aumen-

to del numero degli istruttori presso l'Ufficio federale della protezione civile dagli attuali 54 ad almeno 74. Degli attuali 54 posti di istruttore, 28 sono stati creati con trasferimenti da altri posti dell'ufficio e del dipartimento. Altri spostamenti non sono più possibili nella misura necessaria. Per consolidare questa richiesta di personale, il DFGP ha avviato un'inchiesta organizzativa dell'UFPC di cui è stato incaricato l'Ufficio federale dell'organizzazione.

Per quanto concerne l'istruzione di protezione civile nei cantoni e nei comuni, oggi, data la carenza di istruttori in molti luoghi, non è ancora possibile

occupare tutte le funzioni di quadri vacanti con candidati istruiti. L'esigenza minima è quella che in futuro tutti i posti lasciati liberi per pensionamenti vengano occupati solo con candidati da istruire regolarmente. In tal caso occorre prendere in considerazione la possibilità di corsi d'istruzione abbreviati, in particolare per ex-quadri e specialisti dell'esercito, dei pompieri, ecc. Questo, e il miglioramento degli esercizi che devono essere eseguiti dai comuni, i quali sono spesso oggetto di reclami giustificati, presuppongono un numero sufficiente di istruttori di protezione civile. Secondo il giudizio dell'UFPC, il numero degli istruttori a titolo princi-

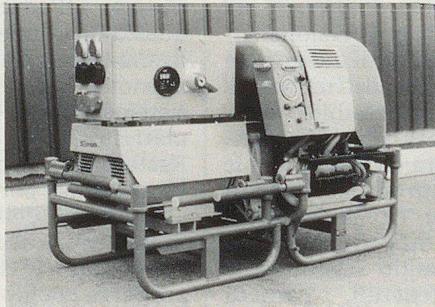
pale impiegati dai cantoni e dai comuni – oggi di 330 circa – dovrebbe essere aumentato a circa 550. Ciò corrisponderebbe ad una regola (da raggiungere) di un istruttore a titolo principale per circa 10 000 abitanti. Là dove esiste un contingente di esperti istruttori a titolo accessorio, è certamente possibile diminuire il numero degli istruttori a titolo principale. A medio e lungo termine la disponibilità dei datori di lavoro a dispensare i loro impiegati per la funzione di istruttore a titolo accessorio, dovrebbe però diminuire progressivamente. □

DOSATA AG Notstromanlagen

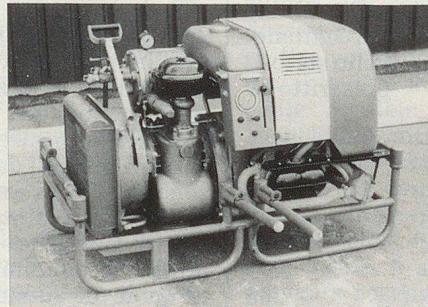
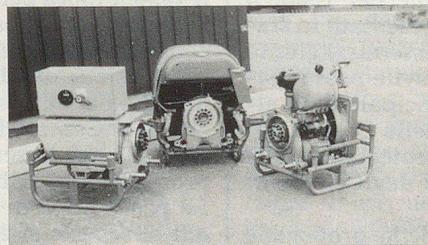
Postfach 50, CH-8910 Affoltern a/A, Telefon 01 761 45 41

VW Geno 87

**Das kostengünstigste
Notstrom-Aggregat für den
Katastrophen-Einsatz in
Kombination mit dem
Kompressor 69**



als Notstromanlage



als Kompressoraggregat

Beschreibung / Lieferumfang (Grundausrüstung)

Die Stromerzeugungseinheit, VW Geno 87, besteht aus einem Drehstrom-Synchron-Generator mit aufgebautem Schaltkasten in welchem ein Spezialspannungsregler, ein Hauptschalter mit dem notwendigen Generator-Schutz, ein V-A-F Digital-Instrument und eine Abgangssteckdose eingebaut sind. Generator und Schaltschrank sind auf einem Rohrrahmen gelagert. Über ein Anschlussgehäuse wird das Aggregat an die Antriebseinheit – VW Motor-, wie der Kompressor 69, angebaut. Der Transport erfolgt mit dem vorhandenen 2-Rad-Anhänger.

Technische Daten

Elektrische Leistung: nach VDMA bei cos. phi 0,8

30 kVA / 24 kW

Spannung: 3 Phasen mit 0-Leiter

400 / 230 Volt

Spannungskonstanz: Im gesamten Leistungs- und Frequenzbereich

+ / - 2 %

Frequenz: Je nach Belastung

50–56 Hz

Gewicht:

ca. 200 kg

Zubehör

- Zusatzausrüstungen im Schaltkasten
- Satellitenstation mit Kabeltrommel
- Kabel zur Einspeisung von Anlagen und Hauptverteiler